

Der republikanische Senator Rand Paul aus Kentucky warnt den US-Kongress davor, sein verfassungsmäßiges Recht, über Krieg oder Frieden zu entscheiden, endgültig an den US-Präsidenten abzutreten.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 075/18 – 04.06.18**

Der US-Kongress will dem Präsidenten die alleinige Entscheidung über Krieg oder Frieden übertragen

Von Rand Paul

The American Conservative, 07.0518

(<http://www.theamericanconservative.com/articles/rand-paul-congress-moves-to-give-the-president-unlimited-war-powers/?print=1>)

In naher Zukunft wird der Kongress über eine neue "Authorization for Use of Military Force / AUMF" (eine neue Ermächtigung zum Einsatz militärischer Gewalt) debattieren. (Die bisherige, nach den 9/11-Anschlägen erteilte Genehmigung ist unter <https://www.congress.gov/107/plaws/publ40/PLAW-107publ40.pdf> nachzulesen.) Ich verwende das Wort "debattieren" mit Vorbehalt, denn bisher hat weder eine Anhörung dazu stattgefunden, noch sind irgendwelche Vorabinformationen durchgedrungen – außer der Ankündigung, dass es Änderungen geben wird. Das ist eine Schande, weil es dabei um schwierige Entscheidungen geht und weil auch die bisherige AUMF äußerst problematisch ist.

Schon vor einiger Zeit hat der Kongress auf sein alleiniges Recht, einem anderen Staat den Krieg zu erklären (s. <https://usa.usembassy.de/etexts/gov/gov-constitutiond.pdf> , Art. 1, Abschnitt 8, Abs. 11) verzichtet. Alle (seit den 9/11 Anschlägen geführten und) derzeit laufenden Kriege hat der US-Präsident allein angeordnet.

Jetzt will der Kongress dieses Problem auf eine für ihn typische Art und Weise einer "Lösung" zuführen. Anstatt sein von der US-Verfassung garantiertes Recht (allein zu einer Kriegserklärung berechtigt zu sein) zurückzufordern, hat er stattdessen vor, den derzeitigen inakzeptablen und verfassungswidrigen Status quo rechtlich abzusichern.

Wer die neue, von dem (demokratischen) Senator Tim Kaine (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Tim_Kaine) und dem (republikanischen) Senator Bob Corker (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Bob_Corker) vorgelegte AUMF liest (s. <https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/DAV18476.pdf>), wird schnell merken, dass der jetzige Präsident und alle auf ihn folgenden Präsidenten oder Präsidentinnen auch künftig ganz allein darüber entscheiden sollen, wann und wem auch immer sie den Krieg erklären wollen – auch ohne ausreichende Rechtfertigung und ohne vorher (vom Kongress) dazu ermächtigt worden zu sein.

Das ist nicht nur eine neue AUMF. Damit fordert der Kongress auch nicht sein verfassungsmäßiges Recht (allein zu Kriegserklärungen befugt zu sein) zurück. Mit der neuen AUMF soll die Rolle der Exekutive und die von der Verfassung vorgeschriebene Gewaltenteilung ganz neu definiert werden.

Mit der neuen von den Senatoren Kaine und Corker vorgelegten AUMF erhält der Präsident das Recht, Kriege gegen folgende Organisationen in folgenden Regionen und Staaten zu führen: gegen die Taliban (in Afghanistan), gegen Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel, gegen den ISIS, wo auch immer er anzutreffen ist, gegen al-Shabaab in Somalia und anderswo, gegen Al-Qaida und Al-Nusra in Syrien, gegen das Haqqani-Netzwerk

(s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Haqqani-Netzwerk>) in Pakistan und Afghanistan, gegen Al-Qaida im islamischen Maghreb, in Niger, Algerien, Libyen und Nigeria und gegen alle **vom US-Präsidenten definierten Verbündeten der genannten Organisationen** rund um den Erdball.

Das verschlägt einem den Atem. In bisherigen AUMFs wurden "verbündete Organisationen" aus gutem Grund nie einbezogen. Mit der von Kaine und Corker vorgeschlagenen AUMF wird der US-Präsident nach konservativen Schätzungen zur Bekämpfung von "verbündeten Organisationen" (die er selbst definieren kann) in mehr als 20 Staaten ermächtigt.

Sollte das Recht, Kriege zu erklären, nicht dem Kongress vorbehalten bleiben? Unbedingt! Können Kriege notwendig sein? Auch das ist zu bejahen. Sollte der Kongress vorher nicht ausführlich darüber debattieren können? Ja, selbstverständlich! Der Kongress muss das Für und Wider vorher diskutieren und alle Aspekte – auch die der verfassungsrechtlich garantierten Gewaltenteilung – in Betracht ziehen können.

Es ist nicht zu bestreiten, dass die nach den 9/11-Anschlägen dem US-Präsidenten erteilte AUMF zu weit gefasst war und deshalb unbedingt aktualisiert (und wieder rückgängig gemacht) werden muss. Der Kaine/Corker-Vorschlag ist deshalb nicht die richtige Antwort, weil damit die Berechtigung des Präsidenten, sich allein für Krieg oder Frieden zu entscheiden, sogar noch ausweitet wird.

Wenn der Kongress diese AUMF beschließt, verzichtet er freiwillig auf sein verfassungsmäßiges Recht, selbst über Krieg oder Frieden entscheiden zu müssen.

Derzeit ist der Einsatz militärischer Gewalt (durch den Präsidenten) ohne Genehmigung des Kongresses durch den War Powers Act (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/War_Powers_Resolution) auf einen nationalen Notstand oder einen unmittelbar drohenden militärischen Angriff beschränkt. Das soll durch die neue AUMF geändert werden.

Kaine und Corker wollen der Exekutive (also dem US-Präsidenten) einen unbegrenzten Ermessensspielraum bei den Entscheidung über den Eintritt in einen Krieg einräumen und dem Kongress nur noch die Möglichkeit belassen, erst dann über den Einsatz militärischer Gewalt zu debattieren, wenn ein Krieg bereits im Gange ist.

Nach ihrem Gesetzentwurf könnte der Kongress einen (vom Präsidenten erklärten) Krieg nur noch missbilligen; damit wird die klare Regelung in der US-Verfassung (nach der nur der Kongress einen Krieg erklären darf) auf den Kopf gestellt. Und was noch schlimmer ist, der Präsident könnte die Missbilligung des Kongresses mit seinem Veto erst einmal übergehen, und sein Veto könnte nur von einer Zweidrittel-Mehrheit des Kongresses wieder aufgehoben werden. Der Kongress, der bisher einen Krieg mit einfacher Mehrheit beschließen kann, bräuchte künftig eine Zweidrittelmehrheit, um einen (nicht von ihm beschlossenen) Krieg beenden zu können. Das wäre eine schwerwiegende, völlig unsinnige und außerdem verfassungswidrige Änderung der bisherigen Praxis.

Die Gründungsväter (der USA) haben (das Recht und) die Macht, einen Krieg zu erklären, bewusst und aus guten Gründen der Legislative übertragen. Schon sie haben erkannt, dass sich die Exekutive viel zu schnell für einen Krieg entscheiden könnte. Die Kaine/Corker-AUMF würde dem Kongress diese wichtige Entscheidung, die ihm nach Artikel 1 (der US-Verfassung) ganz allein zusteht, einfach wegnehmen.

Würde dem Kongress (der Legislative) die Entscheidung über Krieg und Frieden genommen und dem Präsidenten (der Exekutive) übertragen, würde die Macht des Kongresses

nicht nur entscheidend geschwächt. Der Kongress verlöre endgültig einen besonders wichtigen Teil seiner Macht. Das wäre fatal und verfassungswidrig und muss deshalb verhindert werden.

Rand Paul (ein Sohn Ron Pauls, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ron_Paul) ist ein junger republikanischer US-Senator aus Kentucky.

(Wir haben den wichtigen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Weitere Infos über Rand Paul sind nachzulesen unter https://de.wikipedia.org/wiki/Rand_Paul . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Rand Paul: Congress Moves to Give the President Unlimited War Powers

Posted By Rand Paul On May 7, 2018

In the near future, Congress will debate a new Authorization for Use of Military Force (AUMF). I use the word “debate” lightly. So far, no hearings have been scheduled, and no testimony is likely to be heard unless something changes. That’s a shame, because this is a serious matter, and this is a deeply flawed AUMF.

For some time now, Congress has abdicated its responsibility to declare war. The status quo is that we are at war anywhere and anytime the president says so.

So Congress—in a very Congress way of doing things—has a “solution.” Instead of reclaiming its constitutional authority, it instead intends to codify the unacceptable, unconstitutional status quo.

It is clear upon reading the AUMF, put forward by Senators Tim Kaine and Bob Corker, that it gives nearly unlimited power to this or any other president to be at war whenever he or she wants, with minimal justification and no prior specific authority.

That isn’t an AUMF. That isn’t Congress reclaiming its constitutional duties. That’s a complete rewriting of the role of the executive and of the constitutional separation of powers.

The new Kaine/Corker AUMF declares war on at least the following places and people: the Taliban, al-Qaeda in the Arabian Peninsula, ISIS anywhere, al-Shabaab in Somalia and elsewhere, al-Qaeda in Syria, al-Nusra in Syria, the Haqqani network in Pakistan and Afghanistan, al-Qaeda in the Islamic Maghreb, in Niger, Algeria, Libya, and Nigeria, and associated forces (as defined by the president) around the globe.

That is simply breathtaking. Previous AUMFs have never included “associated forces,” and with good reason. Yet the Kaine/Corker AUMF not only codifies military action against those associated forces, but by conservative estimates authorizes war in over 20 nations.

Should Congress declare war? Absolutely. Are there places we will need to be at war? Yes. Should we be having this debate at this time? Yes, we should. But we must have a full debate, with all sides considered, and with the constitutional power of every branch of government clearly in mind.

It is indisputably clear that the authority given to the executive under the AUMF passed after 9/11 has become too broad and needs updating. But this Kaine/Corker AUMF is not the answer. Simply put, it provides even more expansive war-making authority to the executive branch than the status quo.

If this AUMF is passed, Congress will have chosen to make itself irrelevant on the issue of war.

Currently, use of force without congressional authority is limited by the War Powers Act to national emergency or imminent attack. No more, under this AUMF.

Kaine/Corker would forever allow the executive unlimited latitude in determining war, and would leave Congress debating such action after forces have already been committed.

Under this bill, Congress could only disapprove of war, turning the Constitution on its head. Even worse, any resolution of disapproval could be vetoed, meaning two thirds of Congress would need to disapprove of a war, rather than a majority to approve of one. That's a huge, unwise, and unconstitutional change.

The Founders left the power to make war in the legislature on purpose and with good reason. They recognized that the executive branch is most prone to war. The Kaine/Corker AUMF would completely abdicate Congress's power under Article I.

Handing war-making power from Congress to the executive branch is not an exercise in congressional power. It is the final and full abandonment of that power. It is wrong, it is unconstitutional, and it should be stopped.

Rand Paul is the junior U.S. senator from Kentucky and a Republican.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern